

INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten – ein Vorbild für Deutschland?

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Lange Zeit galten die USA mit ihrem weitgehend auf privater Initiative basierenden und durch große Flexibilität gekennzeichneten Wirtschaftssystem als „Benchmark“ für Deutschland bzw. Kontinentaleuropa. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hat allerdings deutlich gemacht, dass das angelsächsische Modell teilweise nicht auf einem soliden Fundament basierte. So führte das Zusammenwirken von massiven globalen Ungleichgewichten, lockerer Geldpolitik, Versäumnissen der Finanzmarktregulierung, unzureichenden Haftungsregeln und einer nicht risikogerechten Kreditvergabe der Banken auch aufgrund staatlicher Regelungen zum Beinahe-Kollaps der Finanzmärkte.

Die USA gehören nach wie vor zu den reichsten Ländern der Welt. US-Amerikaner haben eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen weltweit und produzieren rund ein Fünftel der globalen Wirtschaftsleistung. Doch nicht erst seit Ausbruch der größten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression zeigen sich Risse in der positiven Bilanz des US-Wirtschaftsmodells. Eine zunehmend marode Infrastruktur sowie nach wie vor ungelöste Probleme z. B. in den sozialen Sicherungssystemen und bei der Bekämpfung des Klimawandels sind Zeugen einer Wirtschaftspolitik, die lange Zeit auf die makroökonomische Stabilisierung beschränkt war und dabei strukturelle Reformen weitgehend vernachlässigt hat. Über drei Jahrzehnte hinweg fuhr die US-Wirtschaftspolitik auf „Autopilot“.

Mit dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama wurden gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Veränderungen („change“) erstmals seit langem wieder zum politischen Leitmotiv. Die neue Politik soll Amerika grüner, gerechter, sozialer und gebildeter machen, indem sie etliche Reformdefizite der letzten Jahrzehnte beseitigt. Ganz oben auf der Agenda des neuen US-Präsidenten steht die Reform des Gesundheitswesens. Ziel ist es, den vielen Nicht- und Unterversicherten ausreichenden Versicherungsschutz zu gewähren und der Kostenexplosion entgegenzuwirken. Die Reformnotwendigkeiten werden zwar inzwischen im gesamten politischen Spektrum akzeptiert und es liegen ausgearbeitete Gesetzentwürfe im Kongress vor, ob jedoch in diesem – inzwischen achten Anlauf – eine grundlegende Reform gelingt, ist nach wie vor offen. Ebenso offen ist es, ob

der vorliegende Entwurf zur Klima- und Energiepolitik, mit dem u. a. ein Emissionhandelssystem eingeführt werden soll, noch vor der Klimakonferenz Ende des Jahres in Kopenhagen den Kongress passieren wird. Auch dürfte es noch ein langer Weg sein, bis Gesetze zur besseren Regulierung der Finanzmärkte verabschiedet werden.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die US-amerikanische Politik einmal mehr ihre Vorliebe für kräftige Interventionen nach keynesianischem Muster unter Beweis gestellt. Die US-Notenbank Fed hat aggressiv die Leitzinsen von 5,25 auf nahezu null Prozent gesenkt. Darüber hinaus hat sie unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen bis hin zum Kauf lang laufender US-Staatsanleihen ergriffen, um die Finanzmärkte mit Liquidität zu versorgen. Zudem wurde mit direkten Interventionen auf den Kapitalmärkten der Kollaps des US-Finanzsystems verhindert. Das im Februar 2009 beschlossene, fast 800 Mrd. USD umfassende Konjunkturpaket soll helfen, die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern. Für die weitere Entwicklung ist es zentral, die krisenbedingten Maßnahmen rechtzeitig rückgängig zu machen. Gelingt dies z. B. in der Geldpolitik nicht, könnten die sehr expansiven Maßnahmen zur nächsten Blase führen.

Die Achillesferse US-amerikanischer Wirtschaftspolitik, nämlich ihre Schwäche, grundlegende Strukturreformen auf den Weg zu bringen, hat nicht nur zum Ausbruch der Krise beigetragen, sondern bildet auch eine Hypothek für die künftige wirtschaftliche Entwicklung. So stellen die Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen eine wesentliche Gefahr für den US-amerikanischen Haushalt dar. Bleiben grundlegende Reformen aus, so sind gravierende negative Konsequenzen für die künftigen Wachstumsperspektiven der USA absehbar. Auch ein Ausbleiben der notwendigen Reformen auf den Finanz- und Immobilienmärkten, insbesondere im Bereich der Haftungsregeln, dürfte sich früher oder später rächen. Die globalen Ungleichgewichte - hohe US-Leistungsbilanzdefizite und spiegelbildlich Leistungsbilanzüberschüsse in anderen Teilen der Welt - gilt es sukzessive abzubauen. Dazu sind strukturelle Reformen notwendig – in den USA und anderswo.

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Die US-Wirtschaftspolitik war jahrelang einseitig auf Stabilisierungspolitik ausgerichtet. Strukturreformen blieben aus.
- Ursachen der Finanzmarkt- und Immobilienkrise waren massive globale Ungleichgewichte, lockere Geldpolitik, Versäumnisse der Finanzmarktregulierung, unzureichende Haftungsregeln und eine nicht risikogerechte Kreditvergabe auch aufgrund staatlicher Regelungen.
- Die US-Regierung hat schnell und aggressiv mit einer keynesianischen Stabilisierungspolitik auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Notwendige Strukturreformen zur Behebung der Krisenursachen stehen jedoch noch aus.

Politikempfehlung:

- Stärkung des Prinzips der individuellen Haftung bei Risikoübernahme.
- Bessere Finanzmarktregulierung auf Basis internationaler Vereinbarungen.
- Rechtzeitige Rückführung der krisenbedingten geld- und fiskalpolitischen Interventionen.
- Abbau der immensen Staatsverschuldung in den kommenden Jahren. Dafür sind insbesondere Strukturreformen im Gesundheitswesen notwendig.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage der Veranstaltung „Die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten – ein Vorbild für Deutschland?“ mit Dr. Klaus Günter Deutsch (Deutsche Bank Research Berlin) am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin
www.econwatch.org